

Co. Bonn

„Neben Rußland werden die Republiken Ukraine, Kasachstan und Kyrgistan immer interessanter für die Zukunft der Rußlanddeutschen, weil ihnen dort jetzt sehr interessante Angebote für wirtschaftliche Initiativen, kulturelle Arbeit und eigene Selbstverwaltung gemacht werden.“ Dies stellte der Aussiedlungsbeauftragte der Bundesregierung, Staatssekretär Horst Waffenschmidt, gestern nach einem Gespräch mit dem ukrainischen Außenminister Anatoli Slenko fest. Er machte damit klar, daß Bonn in dieser Frage künftig eine mehrgleisige Politik betreiben will.

Als „besonders bedeutsam“ bezeichnete Waffenschmidt die ihm von Slenko ausführlich erläuterte Absicht

des ukrainischen Präsidenten Leonid Krawtschuk, Rußlanddeutschen Gebiete mit guten Böden im Süden seines Landes und auf der Krim anzubieten. „Wir müssen daran denken, daß ja bis 1941 rund 400 000 Rußlanddeutsche in der Ukraine gelebt haben, sich dort sehr wohl gefühlt haben und eine blühende Landwirtschaft, auch mittelständische Betriebe, aufgebaut hatten. Und an diese Tradition soll jetzt wieder angeknüpft werden“, sagte der Staatssekretär.

Mit dem Wirtschaftsminister von Kasachstan, Christian Driller, der selbst Rußlanddeutscher ist, will Waffenschmidt noch in dieser Woche in Bonn die Förderung mittelständischer Betriebe in den Hauptsiedlungsgebieten der Deutschen bespre-

chen. Die Beratung dieses Komplexes nach seiner Ansicht die Initiativen für die eine Million Deutsche in Kasachstan erheblich erleichtern.

Ebenfalls deutscher Herkunft ist der Ministerpräsident von Kyrgistan, Jordan, der auch noch im Februar nach Bonn kommen und mit der Bundesregierung Möglichkeiten erörtern will, die 100 000 in dieser Republik lebenden Deutschen dort zu halten. Daneben laufen die Verhandlungen mit der russischen Regierung über eine Wiederbelebung der Wolga-Republik weiter. Dabei könne und dürfe das „umstrittene Raketengelände“ nicht mehr im Vordergrund stehen. „Wir reden jetzt über andere Plätze, die auch von den regional Verantwortlichen angeboten werden.“

Schwere Widersprüche bei Pfeiffer

Von Beschuldigungen gegen Barschel und Ahrendsen abgetückt / „Nilius fast alles gesagt“

WERNER KALINKA, Bonn

Reiner Pfeiffer, der durch seine Sensationsenthüllungen die Barschel-Pfeiffer-Affäre auslöste, hat wichtige Beschuldigungen gegen den verstorbenen Ministerpräsidenten Uwe Barschel und dessen damaligen stellvertretenden Regierungssprecher Herwig Ahrendsen zurückgenommen. Seine Aussagen vor dem Kieler Amtsgericht, wo er als Zeuge im laufenden Prozeß gegen Detektive vernommen wurde, die den damaligen Oppositionsführer Björn Engholm im Januar und Februar 1987 bespitzelten, stehen im klaren Gegensatz zu früheren Behauptungen. Pfeiffer wurde vereidigt. Zudem wurde bekannt, daß er 1989 in Bremen wegen falscher uneidlicher Aussage verurteilt wurde.

● Pfeiffer behauptete im April 1989 vor der Staatsanwaltschaft, er habe am 24. Januar 1987 gegenüber Harry Piel, dem Chef der Detektive, Barschel als Auftraggeber der Beschattung Engholms genannt. Vor dem Amtsgericht erklärte er, er habe Barschel in dem Gespräch „mit Sicherheit“ nicht bezichtigt.

● Nach Pfeiffers früheren, mindestens zweimal verbindlich geäußerten Angaben hatte er Ahrendsen über die Beschattung informiert. Vor der Hamburger Staatsanwaltschaft beschuldigte er diesen am 22. April 1988, er habe ihn „umfassend“ eingeweiht. Eine Äußerung, die er später relativierte, dann aber wieder bekräftigte. Vor der Staatsanwaltschaft Kiel beschrieb er im April 1989 detailliert, wie er Ahrendsen eingeweiht haben wollte. Pfeiffer jetzt: Ich habe Ah-

rendsen nicht informiert und halte es für ausgeschlossen, daß dieser von Barschel informiert worden ist. Barschel habe Ahrendsen für einen „Dummkopf“ gehalten.

● In einer eidesstattlichen Versicherung vor der Veröffentlichung der massiven Vorwürfe im „Spiegel“ am Wochenende der Landtagswahl vom 13. September 1987 hatte Pfeiffer bekundet, „Ende Januar“ habe Barschel ihn beauftragt, „einen zuverlässigen Informanten oder eine Agentur ausfindig zu machen, die Engholm gezielt beschatten könnte“, um dessen sexuelles Leben erkunden zu können. Diese Aussage widerspricht der von Pfeiffer jetzt wiederholten Erklärung, bereits am 24. Januar mit Piel eine Beschattung mit diesem Hintergrund abgesprochen zu haben.

Drei aktuelle Beispiele über Pfeiffers Glaubwürdigkeit, der, wie er in Kiel formulierte, die Affäre „verdrängt“ hat. Er bestritt nicht, vor der Affäre gegenüber einem Journalisten von einem „deutschen Watergate“ gesprochen zu haben. Auch gegenüber einer anderen Person hatte er sich im Januar 1987 sinngemäß geäußert.

Pfeiffer war im Juli 1987 zu mehreren Gesprächen mit Klaus Nilius zusammengelassen. Dieser war damals Pressesprecher der SPD-Landtagsfraktion und des SPD-Landesverbandes, wurde im Zuge der Affäre von der SPD beurlaubt und ist heute in der Kieler Staatskanzlei. Nach Pfeiffers Aussage jetzt in Kiel habe er „fast alles Nilius gesagt, was da gelautet ist“. Zudem habe er Nilius seinerzeit mitgeteilt, wenn „noch was“ komme, wisse man jetzt ja, woher dies



Pfeiffer sprach von einem „deutschen Watergate“.

FOTO: DPA

„kommt“. Diese Aussage Pfeiffers ergänzte er mit dem bislang öffentlich gleichfalls nicht bekannten Hinweis, ihm sei „dann Nilius genannt“ worden, nachdem er zuvor durch verschiedene Kanäle versucht habe, „Ansprechpartner“ bei der SPD zu finden. Und später setzte Pfeiffer auf Befragung hinzu, sowohl über die Beschattung als auch die Steueranzeige Nilius unterrichtet zu haben. Er sei, so Pfeiffer weiter, „ganz sicher“, bei dem Treffen am 7. September 1987 „genau“ gesagt zu haben, worum es hinsichtlich der Observation gegangen sei. Seinerzeit hatte Pfeiffer den jetzigen Sozialminister Günther Jansen, damals SPD-Landeschef, Nilius und den Engholm-Anwalt Peter Schulz getroffen.